

Sächsische Volkszeitung

Verlagspreis: Vierteljährlich 24 M., halbjährlich 46 M., monatlich 8 M. frei Haus. Einzelnummer 60 Pf. Die Sächsische Volkszeitung erscheint täglich, außer an Feiertagen und an den Tagen der Wahlen. - Abbestellungen werden mit Rücksicht auf die Postbedingungen an die Redaktion in Dresden nicht aufbewahrt.

Anzeigen: Einzeln für den Geschäftsbesitzer 10, von Familienangehörigen 11 für den Tag. Anzeigenpreis für die Zeitung 10,00. Anzeigenpreis für die Zeitung 10,00. Anzeigenpreis für die Zeitung 10,00. Anzeigenpreis für die Zeitung 10,00.

Keine Einigung in der Reparationsfrage

Frankreich widerlegt sich den Beschlüssen von Cannes - Briands Rechtfertigung vor Kammer und Senat
Englands Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich - Die Diskussion über den Garantievertrag

Briands Rechtfertigung

Paris, 11. Januar. Die „Journal“ mitteilt, haben die Abgeordneten Bonnevay, Walli und Ferry angefangen, daß sie nach endgültiger Konstituierung des Bureau der Kammer, also morgen, eine Entschiedenheit einbringen wollten, in der sie von der Regierung verlangen genaue Klärung des Versailler Vertrages, Aufrechterhaltung des Bonnevay-Rahmungsplanes und Garantie der belastigten Priorität. Ein weiterer Antrag ist von den rechtsstehenden Abgeordneten Dandiel und Magne eingebracht worden, wodurch die Kammer die Regierung auffordert, die Rechte Frankreichs nicht durch Abkommen und durch Velle, die offensichtlich gegen den Friedensvertrag von Versailles und gegen die Bestimmungen der Regierung vor dem Parlament verstoßen, zu verletzen. Der Abgeordnete Klotz richtete an Briand ein Schreiben, worin er ihm mitteilt, er werde ihm über die Widersprüche interpellieren, die zwischen seinen letzten Erklärungen vor dem Parlament und der Haltung der Regierung vor der Konferenz von Cannes zu bestehen scheinen. Endlich richtete auch die republikanische Linke des Senats eine Warnung nach Cannes. Diese Warnung hat eine gewisse Bedeutung, da die republikanische Linke die Mehrheit im Senat besitzt. Briand antwortete in einem Telegramm in der gleichen Weise wie in dem Telegramm an den Vorsitzenden des Finanzausschusses der Kammer. Er fügte hinzu, er werde die Interessen der Nation und die Pflichten nicht vernachlässigen, die der Friedensvertrag Frankreich in die Hände gegeben habe.

Cannes, 11. Januar. Nach Schluß der Vormittagssitzung des Obersten Rates gab Briand den französischen Pressevertretern eine Erklärung ab, wobei er unter anderem sagte: Was die Forderung wegen seiner Besprechungen mit Lord George über den Garantievertrag angeht, daß nämlich Frankreich dieses Ziel mit Augenblicken in der Hand behalten sollte, ist eine Forderung, die ich nicht annehmen kann. Ich habe es nicht annehmen können, weil ich weiß, daß bei seinen Besprechungen mit Lord George niemals davon die Rede war, Italien wolle sehr gut, daß Frankreich bereit sei, alle Abkommen zu schließen, die geeignet seien, die Bande zwischen den beiden Ländern enger zu knüpfen. Die Forderungen einiger Engländer wegen der Unterjochung würden, falls das Abkommen zustande käme, zerstört werden. Wenn Frankreich und England Hand in Hand gingen, würden ihre beiderseitigen Admiralitäten in gemeinschaftlicher Vereinbarung sich über die Verwendung ihrer beiderseitigen Seestreitkräfte einigen können. Briand fügte hinzu, es sei verabschiedet worden, daß alle zwischen Frankreich und Großbritannien stehenden Fragen zur Sprache gebracht würden um ihnen wünschenswert eine befriedigende Lösung zu geben. Er hoffe, daß man zu einer gütlichen Einigung gelangen werde. Ob das jetzt oder später der Fall sein werde, könne er noch nicht sagen.

London, 11. Januar. Einer Meldung aus Cannes zufolge erklärte Lord George in einer Unterredung, ein englisch-französisches Bündnis komme nicht in Frage, da es einen unfreundlichen Akt gegenüber Italien bedeuten würde.

Paris, 11. Januar. Nach dem Sonderberichterstatter der Agence Havas in Cannes übernahm Lord George bei der heute vormittag abgehaltenen Besprechung mit Briand und Doumer dem französischen Ministerpräsidenten den Vorentwurf des englisch-französischen Abkommens. Briand reiste heute nachmittag nach Paris, um seine Ministerkollegen über die Verhandlungen zu unterrichten und wird Freitag mittag wieder in Cannes sein.

Das englisch-französische Bündnis

London, 11. Januar. In einem „Am Scheidewege“ überschriebenen Leitartikel schreibt die „Times“: Das englisch-französische Abkommen müsse so rasch wie möglich abgeschlossen werden, da sonst der übrige Teil der Konferenz von Cannes zu nichts wäre. Das britische Kabinett habe den Entwurf des Abkommens gebilligt, das französische Kabinett dagegen habe es verworfen. Briand kämpfte schwer unter der Ungewißheit seiner eigenen Stellung. So lange keine Einigkeit über das Abkommen herrsche, verhandeln die Schlichter der Konferenz von Genua und der Reparationsfrage den einzigen Weg, auf dem man zur Wiederherstellung des Friedens in Europa schreiten müsse.

Paris, 11. Januar. Nach dem Sonderberichterstatter der Agence Havas in Cannes übernahm Lord George bei der heute vormittag abgehaltenen Besprechung mit Briand und Doumer dem französischen Ministerpräsidenten den Vorentwurf des englisch-französischen Abkommens.

Paris, 11. Januar. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in Cannes meldet: Die Verhandlungen über den Abschluß eines französisch-englischen Paktes hätten einen sehr frühen Fortschritt gemacht. Briand sei in der Lage, einen Vortragsentwurf nach Paris zu überbringen. Die Beteiligung Belgiens an diesem Abkommen sei günstig aufgenommen worden, aber die Unterhändler seien der Ansicht, daß das französisch-englische Abkommen die Grundlage bilden müsse und daß, wenn der Augenblick gekommen sei, ähnliche Abkommen es vervollkommen müßten, an denen auch Belgien und Italien teilnehmen könnten.

Der französische Senat an Briand

Paris, 11. Januar. Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat unter dem Vorsitz von Poinecaré eine Sitzung abgehalten. Nach eingehender Prüfung der Lage, wie sie durch die Konferenz von Cannes geschaffen wurde, hat sich die Kommission entschlossen, und zwar mit Zustimmung aller anwesenden 25 Senatoren, folgendes Telegramm an den Ministerpräsidenten Briand zu richten:

Der Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten hat auf Verlangen einer großen Anzahl seiner Mitglieder und mit Rücksicht auf das allgemeine Gefühl, das sich geltend in den Gruppen des Senats geltend gemacht hat, mich beauftragt, Ihnen ein Memorandum zu geben von der Tagesordnung, die angenommen wurde. Der Ausschuss ist der Ansicht:

1. daß der wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufbau Frankreichs eine wesentliche Bedingung des Wiederaufbaues Europas ist,
2. daß die Reparationen, auf die Frankreich Anspruch hat, unauflösbar seien, daß also weder eine neue Reduktion, noch eine Abänderung des Zahlungsplanes vom 15. Mai 1921 angenommen werden kann. Es ist unzulässig, die belastigte Priorität im mindesten zu erschüttern.
3. Frankreich kann sich zu der geplanten internationalen Wirtschaftskonferenz nach Genua nur begeben, wenn es im voraus die effektive Versicherung erhält, daß alle seine Rechte respektiert werden.

4. Der zwischen Frankreich und England diskutierten Vorschlag zur Anerkennung der Garantien, die Ausfuhrungsbedingungen und die Pflichten, die Frankreich aus den Verträgen zu empfangen hat, befähigen und für Gewissheit und Zukunft sichern.
Der Ausschuss ist insbesondere der Ansicht, daß nichts wirksam werden kann ohne die Mitarbeit des Parlaments. Die Mitteilung ist unterzeichnet: Rainaud Poinecaré.

Die deutsche Delegation in Cannes

Cannes, 12. Januar. Die ersten Verhandlungen der Reparationskommission mit den deutschen Delegierten waren auf Mittwoch nachmittags 3 Uhr geschlossen. Die auf Donnerstag nachmittags anberaumte Sitzung des Obersten Rates, an der die deutschen Delegierten teilnehmen, wird trotz der Abwesenheit Briands abgehalten werden.

Grey für den Garantievertrag

London, 12. Januar. Lord Grey telegraphierte im CBS heute die Nachricht, daß er sich für den Garantievertrag ausgesprochen hat. Er erklärte, daß die Vorschläge, die der britische und der französische Premierminister in ihren Unterredungen entworfen haben, die wärmste Unterstützung finden sollte. Er bemerkte, daß nach seiner Ansicht die Franzosen nicht grundlos beunruhigt über ihre zukünftige Sicherheit seien.

Die Note der Entente über die Deutschen Werte

Berlin, 11. Januar. Der deutsche Vorkonferenz in Paris wurde gestern die schon lange erwartete Note der Vorkonferenz über die Deutschen Werte überreicht. Die Note hat folgenden Wortlaut:

„Im Erwähnen haben die Vorkonferenz mit Schreiben vom 16. November 1921 die Auffassung Ihrer Regierung über die Frage der Deutschen Werte wissen lassen. Ich beehre mich mitzuteilen, daß die Vorkonferenz alle Maßnahmen, die die Interalliierte Militärkommission in dieser Hinsicht getroffen hat, als vollständig beendigt ansieht. Jedoch ist die Kommission ermächtigt, zur Durchsicht der Unterlagen, die sie für erforderlich erachtet wird, Kräfte zu bewilligen, die ausreichen, um die besonderen Interessen der Arbeiter vollständig zu wahren. Bedingung ist dabei, daß diese Umstellungen spärlich am Reimonte des Aufwandes jeder effektiven Kontrolle seitens der alliierten Mächte vollständig beendet sind. Die Vorkonferenz hat die Interalliierte Militärkommission angewiesen, diese Entscheidung zur Kenntnis der deutschen Regierung zu bringen und alle Einzelheiten zu revidieren. Die das Schreiben von Genua vom 16. November aufweist.“
Die Note ist von Gombou unterzeichnet.

Gg. Außenminister Dr. Simons als oberster französischer Unterhändler

Berlin, 11. Januar. Wie die Telegramm-Agentur hört, ist der frühere Außenminister Dr. Simons in Oberhessen eintraffen. Dr. Simons ist 68 Jahre alt und hat die Kommission, die die Reparationsfrage zu revidieren hat und die Konferenz für das Schiedsgericht und für die Kommission zu abdecken soll.

Odenburger Finanzen

Odenburg, 11. Januar. Der Bericht an die Reichsregierung für 1922 ist fast bei fast 100 Millionen überschüssig. Der Reichsminister hat sich mit dem Reichsminister in Odenburg über die Finanzen abgeklärt. Der Reichsminister hat sich mit dem Reichsminister in Odenburg über die Finanzen abgeklärt. Der Reichsminister hat sich mit dem Reichsminister in Odenburg über die Finanzen abgeklärt.

Duell Arzt-Fleischer

Weltgeschick! Keil Taven kann nicht die Rede sein. Bei den Verhandlungen in Cannes wird man wohl von Weltgeschick sprechen können. Innerhalb bieten die Verhandlungen in der Dienstleistungsfrage des sächsischen Landtages, auch vom größten politischen Gesichtspunkte aus, manch interessante Momente. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß sich in dem Angriff, den der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Arzt gegen den unabhängigen sozialdemokratischen Kulturminister Fleischer richtete, die Entschärfung der Wehrheitssozialdemokraten über den Verlauf des unabhängigen Parteitages in Leipzig widerspiegelt. Noch in der Kammer 6 vom Sonntag den 7. Januar hatte die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung“ sehr ausführlich das Einigungsprogramm der sozialistischen Parteien besprochen. Und der mehrheitssozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe hat in einem Artikel der „Gesamten Volksstimme“ sich gewissermaßen bei der unabhängigen Partei entschuldigt, daß noch so viele in seiner Partei dem Plan der Einigung fremd gegenüberstehen. Nun ist gewiß richtig, daß unabhängige Abgeordnete wie Fleischer in verschiedenen Auflagen für den Schritt zur Einigung des Reichstages eingetreten sind, aber es kann heute schon auf der anderen Seite gesagt werden, daß die Vertreter auf dem Leipziger Parteitag getreuer sind. Schon in der Nummer 7 der „Gesamten Volksstimme“ vom Montag den 9. Januar wird in wenig schmeichelhafter Weise über den Leipziger Parteitag der Unabhängigen berichtet. Es wird dort von Aufbruchstimmung gesprochen, und es wird weiter ausgeführt, daß es nicht danach aussieht, als ob das deutsche Proletariat ein Fest erleben würde.

Als diese Einigungen im mehrheitssozialdemokratischen Lager fanden in der Rede des Abgeordneten West ihren Niederschlag. Daran ändert sich der Inhalt nicht, den Herr West dann am Schluß angetreten hat. Auf der Tagesordnung stand die Wahlprüfung über Artikel 91 der ordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Rechnungsjahre 1920 und 21 und dieses Mittel behandelt die Gesamten, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realschulen und höhere Mädchenschulen. In diesem Artikel sind gewiss berechtigende Wünsche zu äußern. Und es muß auch die Forderung aufgestellt werden, daß die Schulen nicht dazu benutzt werden, um parteipolitische Probleme zu behandeln, was natürlich in gleichem Maße für die Sozialdemokratie wie für andere politische Organisationen Geltung haben muß. Kurz vor den Wehrheitssozialdemokraten hat sich der Parteivorstand in einem langen Tag lang mit diesen Problemen beschäftigt. Auch dem Abgeordneten West war es möglich gewesen, in diesem Anlaß besondere Wünsche vorzutragen. Es war dabei etwas aus der Natur des Sachlichen, daß der Abgeordnete einer Partei, die in der gegenwärtigen Regierung vier Minister stellt, in der schärfsten Weise gegen einen Minister dieser Opposition stand. Herr Arzt hat - man höre und staune - erklärt, daß das Kulturministerium in einem geeigneten Maß verfallen sei. Er hat von Forderungen gesprochen, die auf die Dauer jedenfalls von der sozialdemokratischen Partei nicht ertragen werden können. So er hat dann am Schluß dem Minister der unabhängigen sozialdemokratischen Partei sogar zugewinkt: „Man soll nicht doch energisch außerhalb des Regierungsbüros sein.“ Es wird danach doch niemand abstreiten können, daß es sich hier um eine Kampfansage gegen Herrn Fleischer handelt und von diesem ist auch ganz richtig die Rede des Herrn West so aufgefaßt worden. Denn er erklärte, die Regierung komme natürlich, wenn ihr solche Angriffe hier entgegengehalten werden, doch in eine etwas schwierige Lage. In welchem Maße es sich bei dem Vorgange um ein politisches Intermezzo handelte, das beweist auch der Bericht der mehrheitssozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung“ in Nr. 9 vom 11. Januar. Das Blatt hat gewiß insofern recht, wenn es sagt, daß sich das seltene Schauspiel zeigte, daß sich die gesamte Rechte schützend vor den Minister Fleischer stellte, während er bei der Linken, einschließlich der Unabhängigen, sehr wenig Gegenliebe fand.“ Ob diese Unterführung tatsächlich war, möchten wir einhellig bewahren. Wie hätten es für besser gehalten, wenn in den schweblichen Streit der Linksparteien in diesem Falle nicht eingegriffen worden wäre. Das mehrheitssozialdemokratische Organ schreibt weiter folgendes:

„Neu war kein (Auchers) offenes Vernein, daß man als Sozialist nicht erwarten sollte, ein reaktionäres Schicksal über Nacht umzuwandeln werden. (Vor Löbe las man es bei diesem Manne anders!) Schließlich

war es vom Standpunkte eines im Nestort nicht genügend Verkauften das Nützlichste, die Wechseltäre für sich sprechen zu lassen.

Also ein neuer Angriff des führenden mehrheitssozialistischen Organes, der Herr Reichner nichts mehr und nichts weniger vorwirft, als daß er keine Abnung von den Dingen im Kultusministerium habe. So etwas soll allerdings vorkommen. Aber auch der absolut regierende Herr Lipinski scheint bei der Mehrheitssozialdemokratie neuerdings etwas in Ungnade gefallen zu sein, denn das genannte sozialdemokratische Blatt schreibt folgendes:

Offenbar haben die unabhängigen Minister am Dienstag unter einem unglücklichen Stern, denn auch Lipinski mußte sich aus Anlaß eines Antrages der Reichs-Bezirksvereine vernehmen zu lassen, von unserem Vertreter sagen lassen, daß man die Mitarbeit an Gemeindegeseften hat habe und endlich die längst versprochene Gemeindegeseftreform einbracht wissen wollte. Der Minister sei nun bereits ein Jahr am Werke. Die Reform habe Partei und Fraktionen sowie den Gemeindegesefttag beschäftigt, ohne daß bis heute etwas Positives zustande gekommen sei. Offenbar komme man aus den dauernden Verzögerungen nicht heraus. Lipinski kündigte zwar die Einbringung der Vorlage für Ende dieses oder Anfangs kommenden Monats an, doch betonen die Reichsvereine, daß man diesen Versprechungen sehr geringes Vertrauen entgegenbringt.

Was das Duell Frau Reichner betrifft, so liegt natürlich der Gedanke nahe, daß die Mehrheitssozialdemokratie die Absicht hat, Herr Reichner zu strafen, um den Wünschen des Herrn Reichner entgegenzukommen. Denn das weiß ja heute jedermann, daß Herr Reichner erst seit gestern und vorgestern den schändlichen Versuch hat, den Ministerstuhl zu besteigen. Aber darüber hinaus wird man doch wohl nicht schloffen in der Annahme, daß der Vorstoß der Mehrheitssozialdemokratie gegen Herrn Reichner mit den Vorwürfen in Leipzig in Wechselwirkung steht, daß zum mindesten aber die Beziehungen der Regierungsparteien durch diese Vorgänge keine allzu große Festigung erfahren werden. Wir betonen aber dabei ausdrücklich, daß man sich deshalb noch längst nicht irgend welchen Illusionen auf ein baldiges Auseinanderfallen der Koalition hingeben braucht. Uns scheint es, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit mehr um eine Personensache als um eine Systemfrage handelt. Wir sind uns bewußt, daß — wenn das der Fall sein sollte — wir von einem Reiz ebenso viel und ebenso wenig zu erwarten hätten als von einem Reichner.

Zunächst muß doch auch auf den allgemein politischen Charakter wenigstens nochmals hingewiesen werden. Soeben veröffentlicht der Landesparteitag der Mehrheitssozialdemokratischen Partei Sachsen einen Aufruf, in dem zu einheitlichen Standgebungen gegen die bolschewistischen Verbrechen in Rußland aufgerufen wird. Es sollen seit Monaten im Moskauer Gekerkung Sozialdemokraten sich befinden, ohne daß ihnen auch nur der Grund für ihre Haft mitgeteilt wurde. Diese Gefangenen sind jetzt in den Dungsgräben getreten, weil sie nach Zuleben bestimmt werden sollten. Der Aufruf der Sozialdemokraten lautet davon, daß „sozialistische Männer und Frauen, Mannesgenossen, von den bolschewistischen Wagnern Rußlands gelassen gelassen werden“, spricht von „diesen dem Sozialismus in nicht nachvollziehender Brutalität der russischen Volksherrschaft“. Bei uns in Sachsen aber steht sich die gegenwärtig sozialistisch unabhängige Regierung auf die Kommunisten, welche auf die Führer der russischen Volksherrschaft, denen von der Mehrheitssozialdemokratie die Anwendung von Verhaftungen und Verbrechen vorgeworfen wird, schauen. Dazu kommt noch die schwere Entlassung der Mehrheitssozialdemokraten über den Verlauf des Leipziger Parteitag der Unabhängigen.

Die Blätter melden, daß am Tagungsstapel der Unabhängigen Sozialdemokratie in Leipzig ein reiches Plakat mit der bekannten Aufschrift: „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ angebracht war. Das Duell Reichner hat jedenfalls bewiesen, daß von einer Vereinigung der Parteien, die zwischen den sozialistischen Parteien stehen, auch in Sachsen noch nicht im entferntesten

die Rede sein kann. Es wäre falsch, die Bedeutung dieses Duells zu überschätzen, aber man kann doch wohl das eine sagen: Es ist eine Kaffee aufgeflogen. Sie hat zweifellos die Situation hinsichtlich beleuchtet. Und das ist vielleicht ein doch nicht ganz zu unterschätzender Gewinn. hal.

Reformen im Postbetriebe

Berlin, 11. Januar. Am Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten vertrat sich Abg. Kiseff über die notwendigen Maßnahmen zur Vereinfachung des Postbetriebes. Insbesondere hielt er die Personalverhältnisse für eine Verbesserung bedürftig. Es gebe zu viel höhere, zu viel mittlere Beamte, sowie zu viel Hilfskräfte. Redner legte dann folgende Vorschläge vor, von deren Verwirklichung eine Umwandlung der Reichspostverwaltung zu erhoffen sei:

1. Durchführung der Personalreform bei den mittleren Beamten der Gruppen 6 und 7 (ehemalige Post- und Oberpostämter), wie sie bei den unteren Beamten und teilweise bei den doppelt besetzten Beamten der Gruppen 8 bis 10 durchgeführt worden sind.
2. Entlassung bzw. Überführung aller überflüssigen Ausbilder, mittlerer und höherer Beamten, deren Zahl sich auf 30.000 beläuft, in andere Reichsverwaltungen oder Betriebe.
3. Neuorganisation der Meistere und Dezerate bei den Oberpostdirektionen und Durchführung auf den Vorkriegsstand durch Zusammenlegung der letzten Meistere und Dezerate, sowie entsprechende Verminderung des Bureaupersonals.
4. Neuorganisation des Aufsichtspersonals.
5. Fortschrittliche Vereinfachung der Arbeitsverhältnisse des Personals, so daß wirklich alle Beamten während ihrer 44wöchigen Arbeitszeit auch tatsächlich voll beschäftigt sind. Die Veranschlagung sei nur mit der Hälfte der Zeit anzurechnen.
6. Beschäftigung des Personals nach Befähigung und Leistung.
7. Veranschlagung der erkrankten Beamten, sowie strengere Verfolgung der Trübseliger.
8. Ausdehnung der Befugnisse der Betriebsräte zur selbständigen Entscheidung.
9. Durchgreifende Verminderung des Schreibwertes bei allen Post-, Fern-, Oberpostdirektionen und beim Reichspostamt. Fernamt.
10. Vereinfachung des Kassensystems bei den Betriebsämtern, insbesondere bezüglich der Gehalts- und Lohnzahlung.
11. Vereinfachung der Telegraphen- und Fernsprechnetze bis auf ein System für jede Oberpostdirektion.
12. Vereinfachung der Rechnungslegung der Betriebsämter und der Aufwandsstellen bei den Oberpostdirektionen.
13. Neuorganisation des Kontrollwesens bei den Betriebsämtern. Die Verwaltung soll die Betriebe durch ihre Beauftragten mehr unterrichten als kontrollieren.
14. Anpassung der Gehaltsverhältnisse an die Natur und zwar ebenso nach oben wie nach unten.
15. Umwandlung der Gehaltsverhältnisse zur Vereinfachung der Berechnung.

Minister Sieberts entgegnete, daß diese Vorschläge größtenteils vom Reichspostministerium bereits geprüft werden und darauf bezügliche Arbeiten mitten im Fluß seien. Viele bezügliche Maßnahmen seien in der Zeit begründet, in der die postgebührende Maßnahmen sich förmlich überdrückten. Gewisse Dinge seien also schon im Gange. Am guten Willen, Reformen zur Vereinfachung zu treffen, fehle es dem Reichspostministerium nicht, aber durch Sparlosigkeit allein sei das Bestreben nicht zu bejagen.

Kreditbeschaffung für das Hilfswort der deutschen Landwirtschaft

Stettin, 11. Januar. Auf Einladung der Pommerischen Landwirtschaftskammer haben am Montag und Dienstag in Stettin Versprechungen über die Kreditbeschaffung für das Hilfswort der deutschen Landwirtschaft stattgefunden. Neben provinziellen, öffentlichen und rechtlichen landwirtschaftlichen Kreditanstalten, den Genossenschaften und dem Landbund waren vertreten: der Landesbauernbund, die Landwirtschaft, das preussische Landwirtschaftsministerium und der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft. Die Beratungen bezweckten die Schaf-



Steckenpferd-Weife von Burgmann & Co., Radebeul ist die beste Lillienmilchseife für zarte, weisse Haut und blendend schönen Teint. — Überall zu haben.

fung der Grundlage für die provisorische Durchführung des Hilfswortes. Die hierbei zugrunde getretene völlige Uebereinstimmung wird bei den weiteren Vorarbeiten des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft von Bedeutung sein.

Die Ministerbegegnung in München

München, 11. Januar. Die hier weilenden Staatspräsidenten von Württemberg und Baden flogen heute vormittag mit dem Ministerpräsidenten Grafen Rechenberg eine längere Beratung. Im Laufe des Vormittags fand eine eingehende Besichtigung des Deutschen Museums statt. Mittags war zu Ehren der Gäste Frühstückstafel in der württembergischen Gesandtschaft.

Die internationale Kundgebung der U. S. P. D. in Leipzig

Leipzig, 12. Januar. Die U. S. P. Leipzig veranstaltete am Mittwoch abend in der Weichalle auf dem Königsplatz eine Massenkundgebung für die Einigung des internationalen Proletariats. Die riesige Halle war mit einer vorkriegsähnlichen Menschenmenge gefüllt. Als Redner traten meist die anlässlich des Parteitag der U. S. P. D. in Leipzig weilenden Delegierten der sozialdemokratischen Parteien fremder Länder auf und zwar sprachen für Österreich Friedrich Adler, für die Schweiz Ernst Keimhardt, für Rußland M. Abramowitsch und für Frankreich Paul Faure, Renaudel und S. Gumbach, während für Deutschland Frau Luise Ziegler und der Vorsitzende der U. S. P. D. Crispian das Wort nahmen. Alle Redner forderten zur Einigung des internationalen Proletariats, zum Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft auf. Die Reden wurden von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Stürmischen Beifall ernteten aber insbesondere die französischen Delegierten, zumal als Grundgeden der Arbeiter ein „Auf Wiedersehen“ zurief. Mit einem Schlußwort von Crispian und Abschlüssen der Internationale wurde die wichtige Kundgebung geschlossen.

Am kommenden Freitag veranstaltet die U. S. P. Groß-Leipzig und Umgebung 14 öffentliche politische Versammlungen, in denen eine Anzahl Reichstags- und Landtagsabgeordneter sowie Stadtverordnete und Funktionäre über das Thema „Die politische Lage und die U. S. P. D.“ sprechen wird.

Parteitag der U. S. P. D.

Leipzig, 11. Januar. Am Mittwoch ist der Parteitag der U. S. P. D. im 71. Lebensjahre vollendet. Mit Blumen geschmückt. Vorsitzender Wittmann eröffnete die Verhandlungen bald nach 9 Uhr mit den herzlichsten Glückwünschen für „unseren alten Fritz“ (Reichstagabgeordneter Crispian) erstattete darauf den Bericht über die internationale Arbeitgemeinschaft sozialistischer Parteien. Die Arbeitgemeinschaft will eine internationale Verständigungs- und Aufbauförderung zustande bringen. Der Redner empfiehlt einen Antrag der U. S. P. D., welcher alle Proletarier auffordert, die Waffen- und Munitionsherstellung zu verhindern. Es folgten die Abstimmungen; das Manifest und der Antrag Karlen werden einstimmig angenommen. (Lebhafte Beifall). Der Reichstagsaktion und der Parteileitung wird das Vertrauen ausgesprochen. In weiteren Anträgen wird verlangt, daß der 9. November und 1. Mai gesetzliche Feiertage werden und das Arbeiter als Mitglieder von Steueransuchen entschädigt werden sollen. Der Antrag Crispian zur Internationale wird gleichfalls angenommen. Die Entwurfs- und Anträge über Programme werden der Programmkommission überwiegen. Darauf folgt der Geschäftsbericht der Parteileitung, den der Reichstagsabgeordnete Ludwig erstattet.

Nach der Erstattung des Geschäftsberichtes durch den Reichstagsabgeordneten Ludwig gab Frau Känes von dem Bericht der Kontrollkommission Kenntnis. Sie hat, dem Vorhande Entschuldig zu erteilen. Frau Ziegler berichtete über die am Samstag stattgefundene Reichsraunconferenz. Ueber die Ergebnisse der Arbeit in der Volkshochschule sprach Geiger-Berlin. Zum Schluß der politischen Vormittagsführung beschäftigte sich der Parteitag mit der Angelegenheit der in Rußland im Hungerstreik befindlichen Sozialisten. Von der Sowjetregierung ist hierzu ein Dokument eingegangen. — In der Nachmittagsführung folgte die Fortsetzung der Aussprache, in der eine große Anzahl von Delegierten das Wort ergriff. Unter anderem kommt ein Vertreter Dresdens auf den in der Bildung begriffenen Mitteldeutschen Sozialistenblock zu sprechen, der als Gegengewicht zum reaktionären Bayern herangebildet werden könne. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen eine Minderheit angenommen. Das Schlußwort hält Genosse Ludwig-Känes, der vor allem verlangt, daß die gewerkschaftlichen und Parteipflichten in den Jugendorganisationen vor dem Sport stehen. Mit Rücksicht auf die um 6 Uhr abends stattfindende internationale Kundgebung in der Tertiumhalle auf dem Königsplatz werden darauf die Verhandlungen auf Donnerstag vormittag verlagert.

Das Rosenhaus

Originalroman von Felix Rabat

(20. Fortsetzung.)

„So, alles Gutes“, erwiderte Emma, „ich bin immer dabei. Die Vorurteile sind keine Tugenden — und einer ist darunter... na, das geht Sie nichts an, alles hoch! Aber jahraus müssen wir anfangen, daß keine Seele was abut. Die neue im Turm, die Vettelprinz hat verflucht helle Augen und steht durch Tür und Wand. Wenn sie anderen Tugenden auf die Spur kommt und es Frau sagt, gibts ein böses Donnerwetter.“

„Sol der Teibel das Nicht?“ rief Hühning. „Ich kann diese Renne nicht aushalten... Ach! Ach von Ihnen, Jammern, doch ich für den Aragen um.“

Emma ließ lachend davon und auch Hühning entfernte sich. Von Nebenwänden erfüllt, schloß Hella das Fenster. War es denn möglich, daß Hühning Absichten auf die Tochter seines Chefs hatte? Nun, warum denn nicht! Wer wollte es ihm wehren, daß er die Hand nach dieser Rosenkranz ausstreckte? Das wilde Kind ließ ihm ja abwaschen in die Arme. Und das ihm mit ihr die Millionen ihres Vaters zufallen, lohnte es sich schon, nur das anerkennende Mädchen zu werben.

Hella empfand einen heißen Jarn gegen diesen gewissenlosen Menschen, der ihr gleich beim ersten Zusammenstoß Willenswillen entgegen hatte. Sein herrisches und zugleich zynisches und höfliches Benehmen widerie sie an, in seinen falschen Augen lauerten Lachheit, List und Verlogenheit. War es da nicht ihre Pflicht, Emma vor diesem gefährlichen Menschen zu warnen?...

Als die Mädchende tief, ging Hella ins Speisezimmer und traf Emma und ihren Vater in eifrigem Gespräch. „Weißt du's schon?“ rief Emma ihr zu. „Im Dorfe hat's wieder mal Krach gegeben, eine richtige Schwermere!“

„Ausdrücke hast du?“ sagte Hella tadelnd.

„Nun“, fuhr Emma auf und blinnte Hella zornig an. „pöht dir das nicht?... Dann... ich red nämlich in unserem Hause, wie es mir paßt, verstanden? Und um noch das Neueste zu sagen: Eltern hat keine gekiegt. Na, warum mischt er sich auch in Dinge, die ihn nichts angehen!... Nun liegt der arme Kerl im Fieber. Ich will ihm nachher mal auf die Lude steigen und einen Besuch machen.“

„Aber Jammal!“ rief Hella demzufolge, „das schidit sich doch nicht für eine junge Dame.“

„So“, rief Emma kampflos, „kommst du mir wieder mit deiner Vorur!“... Na — darauf pfeif ich! Ich tu, was ich will — und kann den Krach danach, was die Leute sagen...“

„Die öffentliche Meinung darf man doch nicht so ohne weiteres heranzufordern“, sagte Hella. „Durch diese Art, dich zu benehmen, machst du dich einfach unmöglich in der guten Gesellschaft.“

„Was — was siehst mir daran!... Auf die sogenannte gute Gesellschaft pfeif ich!“

„Du wirst aber doch später gezwungen sein, in dieser Gesellschaft zu verkehren. Besonders dann, wenn du dich verheiratest. Bis Millionenverdien blüht dir ja dieses Glück in nicht allzuferner Zeit.“

„Wilt du mir etwas neidig?“ wollte Emma.

„Nicht im geringsten. Ich möchte die nur sagen, daß dein Auftreten und deine Umgangsformen sehr zu wünschen übrig lassen. Du tust und gibst dich wie ein wildes Füllen, und es wäre höchste Zeit, daß du in ferne Nacht läufst und eine Erziehung erheilst, die deiner zukünftigen Stellung in der Gesellschaft angemessen ist...“

„Strenge Recht!“ rief Emma wütend. „Du bist wohl vernünftig!... Weidest mich am liebsten in ein Kloster sieden, was?“

„Nein, das nicht, obwohl das dir nicht schaden könnte. Du hast dir einen Ton angewöhnt, der geradezu roh ist und sich für eine junge Dame dieses Standes nicht schickt. Du machst dich dadurch unübersehbar — oder lächerlich. Man spottet über dich, nennt dich — nun, du wirst das ja selbst wissen!... Auch mit Rücksicht auf deinen Vater solltest du dein Benehmen ändern...“ Und zu Thiebold gewendet, der teilnahmslos zugehört hatte, sagte sie: „Wieder Enkel, ich möchte die allen Ernstes den Vorstoß machen, Emma in ein gutes Erziehungsanstalt zu schicken, damit sie die großen Lücken ihres Wissens ausfüllt und im Bereiche von wohlhabenden Mädchen ihres Alters den guten Ton lernt, den man von einer jungen Dame verlangen kann.“

Emma sprang wütend von ihrem Sessel auf und stellte sich geradüber vor Hella hin. „O du“, rief sie mit schriller, sich überschlagender Stimme, „nun durchschaue ich dich!... du mißsiehst mich wegelesen, damit du dich an Papa anschmeicheln kannst. Das gibt es nicht!... Ach und Papa wollen zusammen auf Leben und Tod!... Keine Fremde soll sich zwischen uns drängen... Nie, nie...“ Sie umschlang ihren Vater und küßte ihn mit wilder Hürlichkeit. Thiebold, dem jede aufsteigende eigene Verhört war, suchte seine Tochter zu beruhigen.

„Sei nur still, Emma“, sagte er, „wir bleiben natürlich beisammen. Aber Hella hat nicht ganz unrecht... Ich bin ein alter kranker Mann und kann dir nichts bieten; da wäre es schon gut, wenn du vorübergehend in eine andere Umgebung lämeß... in einen Kreis von feinen Damen...“

„So“, rief Emma und ballte trotz die Fäuste. „Hat dich die... die Turmgarde auch schon verbergt? Aber ich weiche nicht, um keinen Preis! Ich werde es richtig sagen, daß ihr mich aus dem Hause vertreiben wollt!“

„Wer redet denn davon?“ rief Thiebold. „Sei doch vernünftig... Denk einmal über die Sache nach — wir reden ein andermal darüber...“

Jornig eilte Emma davon und ließ ihren Vater in Sorgen zurück. „Emma fehlt die Mutterhand“, sagte er. „Das weiß ich wohl. Aber wer soll sie erziehen?“

„Das mußt du am besten wissen, Enkel“, gab Hella zur Antwort. „Ich möchte die nur eines sagen: Emma ist eine wilde Taube. Für sie, daß sie nicht in die Krallen des Habchis fällt.“

„Wie meinst du das?“ fragte er ängstlich.

„So, wie ich es sagte!... Sollte die Augen offen!“

„Ach Gott, ich bin doch ein kranker Mann! Wie soll ich ein junges Mädchen hüten?“

„Es ist keine Pflicht!... Du bist der Vater — und es geht um das Wohl deines einzigen Kindes. Du hängt an Geld und Gut, aber die Seele deines Kindes ist mehr wert als all deine Millionen. Hüte die Seele deines Kindes! Ach! Ist sie rein — aber wer weiß, was über Nacht geschehen kann?“

Thiebold tastete nach ihrer Hand. „Hella“, sagte er, „hilf mir dabei...“

„Ich wehlet mich ja nicht!“ gab sie mit leifem Neben ihrer Stimme zurück. „Ich betrachte mich mit Mistranzen, alsobst, ich käme als Feindin in euer Haus, oder gar — als Gefährliche!“

„Bei Gott, ihr tut mir ein Unrecht!... Ich möchte den allen Göttern ausfluchen, Liebe sein und diesem Hause und uns allen den Frieden bringen, damit die Rosen wieder blühen...“

Der Eintritt Emmas und Thiebolds unterbroch das Gespräch; beide betrachteten Hella mit feindseligen Widen, und Hühning kam sofort an, dem Hühningern die Vorfälle des geliebten Abends zu schildern. Er tat es in so gekünstelter und verheißender Weise, daß die Arbeiter als Rebellen und Mörder erschienen.

„Ihre Zustimmung voraussetzenden“, sagte er zu Thiebold. „Habe ich sofort Anaxine erkrankt und um militärische Hilfe gebeten. Die Partei muß unter militärischer Bewachung gestellt werden, sonst flieht sie in die Luft. Sie selbst sind im Eurohaus auch nicht sicher, denn diese aufstehenden Massen sind zu allem fähig. Stiller muß hinter Schloß und Riegel gesetzt werden, er ist der Mädelbeführer.“

„Und was soll aus seinen armen Kindern werden?“ fragte Hella, dem unerschrocken Ankläger tief in die Augen sehend.

„Was kümmert das uns!“ rief Hühning brutal. „Wir müssen dieser Pande den Fuß auf den Nacken legen und sie händigen wie wilde Tiere. Nur mit Gewalt sind sie zu jähmen.“

(Fortsetzung folgt.)

Bei den in einem demokratischen Zeitalter, wo auch die nationalen Widerstände wieder zu ihrem Rechte kommen dürfen...

Parteinachrichten

Dreif. Am Sonntag den 8. Januar sprach vor aus befehlter Jubiläumerversammlung im „Weißen Hof“ zu Ostro unter Abwesenheit...

Der Eisenbahn- und Postverkehr, daher die drohende Eröffnung des Verkehrs...

Hg. Hefteln auf die kommunalpolitische Vereinigung hin, die sich auf dem Zentrumsboden...

Unsere heutige Nummer umfasst 4 Seiten

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: i. V. Arthur Wöttinger; für den Inseratenteil: Josef Rohmann...

Josef Riedel Inhaber Marie Riedel Bautzen Wendischer Graben 30 Kolonialwaren, Landesprodukte, Seifen, Zigarren.

Kirchensteuerordnung der Diözese Meißen für den Freistaat Sachsen

Der unterzeichnete Bischof von Meißen mit Zustimmung des Domkapitels hat, nachdem das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts beauftragt hat...

Kirchensteuerordnung

§ 1. Im Freistaat Sachsen wird zur Befriedigung der Diözesan- und örtlichen Bedürfnisse, soweit sie in den eigenen Einnahmen der Kirche sowie in den auf Geheiß, Vertrag oder beiderseitigen Rechtstiteln beruhenden Leistungen des Staates und sonstiger Verpflichteten nicht Deckung finden...

§ 2. Die Erhebung der Kirchensteuer erfolgt im Wege der Erhebung von für alle Steuerpflichtigen gleichen Zuschlägen zur Reichseinkommensteuer nach den Vorschriften des Religionssteuergesetzes...

§ 3. Aufolge der vom Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts auf Grund von § 18 des Religionssteuergesetzes erteilten Ausnahmegenehmigung bedarf es vor Erlass der Höhe der Zuschläge für die Steuerjahre 1920 und 1921...

§ 4. Neben die zu entrichtende Diözesansteuer erteilt das Finanzamt dem Steuerpflichtigen einen schriftlichen Steuerbescheid.

§ 5. Die Diözesankirchensteuer ist gleichzeitig mit der Reichseinkommensteuer und in derselben Weise wie diese an die für die Erhebung der Reichseinkommensteuer zuständige Stelle zu entrichten...

§ 6. Die in § 14 des Religionssteuergesetzes vorgesehene Kirchliche Behörde ist das Bischöfliche Ordinariat in Bautzen.

§ 7. Von den Kirchensteuern befreit sind: 1. Die nach der Reichsgerichtsentscheidung zur Reichswehr gehörenden Personen.

2. Solche Personen, die im Wege der öffentlichen Armenpflege laufende Unterhaltungen beziehen.

§ 8. Neben Gesuche um ganzen oder teilweisen Erlass der Steuerzuschläge oder um deren Stundung entscheidet, soweit selbständige Kirchengemeinden bestehen, der Kirchenvorstand, sonst das zuständige Pfarramt, nach Gehör der etwa vorbandenen Gemeindeglieder...

§ 9. Die nach den Vorschriften der Reichsabgabenordnung wegen Hinterziehung der Kirchensteuern von den hierzu zuständigen Steuerbehörden rechtskräftig festgesetzten Geldstrafen fließen in die Zentraldiözesankasse beim Bischöflichen Ordinariat in Bautzen.

§ 10. Mit Rücksicht auf die Vertretung der katholischen Kirche als Teilnehmer im Rechtsmittelfahren (§ 13 des Religionssteuergesetzes) werden die Kirchenvorstände bezw. die zuständigen Pfarrämter (siehe oben § 8) beauftragt.

§ 11. Diese Kirchensteuerordnung tritt rückwirkend vom 1. April 1920 ab in Kraft.

§ 12. Die zur Ausführung dieser Steuerordnung erforderlichen Anordnungen erfolgen durch das Bischöfliche Ordinariat in Bautzen.

Bautzen, den 7. Januar 1922

Der Bischof von Meißen Dr. Christian Schreiber

Verordnung

Der unterzeichnete Bischof mit Zustimmung des Domkapitels bestimmt auf Grund der für den Freistaat Sachsen erlassenen Kirchensteuerordnung folgendes:

I. Für das Steuerjahr 1920 wird als endgültige Kirchensteuer ein Zuschlag von 5 v. H. zu der für dieses Steuerjahr endgültig festgesetzten Reichseinkommensteuer erhoben.

II. Für das Steuerjahr 1921 wird als Kirchensteuer ein Zuschlag von 7 v. H.

und zwar vorläufig zu der für das Steuerjahr 1920 endgültig festgesetzten Reichseinkommensteuer und sodann endgültig zu der für das Steuerjahr 1921 endgültig festgesetzten Reichseinkommensteuer erhoben.

Die vorläufig erhobenen Beträge werden auf die endgültige Steuerschuld für 1921 angerechnet.

Bautzen, den 7. Januar 1922.

Der Bischof von Meißen Dr. Christian Schreiber

Advertisement for Hedwig Mattner geb. Elsmann, 62 years old, died on Jan 12, 1922. Includes funeral notice for the mourning family.

Advertisement for the Verein der Bayern in Dresden (E.V.), featuring a Requiem for King Ludwig III of Bavaria on Jan 14.

Advertisement for the Akademischer Bonifatius-Verein, holding a founding assembly on Jan 13.

Advertisement for a concert at the Künstlerhaus on Jan 14, featuring Julius Cisar.

Advertisement for a search for a girl (Mädchen) with specific characteristics, including age and education.

Advertisement for Schrittschuhe (walking shoes) by Sommer-Seupke, Dresden.

Advertisement for Sidonien-Hospiz, a nursing home for ladies in Dresden.

Large advertisement for fur goods (Pelzwaren) by Carl Dreier, Dresden.

Advertisement for piano lessons (Gründlichen Klavierunterricht) by Lisbeth Schulzki.

Advertisement for musical instruments (Musik-Instrumente) by Arthur Lorenz.

Advertisement for metal beds (Metallbetten) by Eisenblechfabrik, Suhl.

Advertisement for fresh wild game (Frische Waldhasen) by F. Bäumert, Dresden.

Advertisement for hairbrushes and combs (RENNEN) by Bürsten-Versandhaus Paul Unger.

Large advertisement for Erdal shoes, featuring a cartoon frog and the slogan 'Es ist nicht immer einfach, doch leicht ist hier die Wahl...'.